

## AK Kommunalpolitik der DKP Köln 2018

Die Städte sind arm. Ihre Armut indes ist beabsichtigt. Schuldenbremsen schränken die Kreditaufnahme von Bund und Ländern ein. In der Folge werden Kosten öffentlicher Aufgaben auf die überschuldeten Kommunen abgewälzt. Das nennt sich dann "schlanker Staat". Auf der anderen Seite bewahrt die Europäische Zentralbank (EZB) „systemrelevante“ Banken vor dem Bankrott, indem sie unbegrenzt Anleihen verschuldeter Staaten aufkauft. Dafür werden Hunderte von Milliarden Euro bereitgestellt. Dieses Geld fehlt den Kommunen. Steuern für Reiche sind nicht vorgesehen. Steuerhinterziehung wird nur wenig geahndet. Vor diesem Hintergrund sind weitere Kürzungen im sozialen und kulturellen Bereich angekündigt<sup>1</sup>.

Köln hat als größte Stadt des Landes mit rund 4,9 Milliarden Euro den größten Schuldberg (Rheinische-Anzeigenblätter 21.06.2017). Dies hat für die Menschen in der Stadt katastrophale Folgen. Gerade im Sozial- und im Wohnungsbereich wird der Rotstift angesetzt. Banken und Konzerne werden hingegen gefördert und geschützt.

Bei der Stadtverwaltung, den Stadtwerken und kommunalen Eigenbetrieben arbeiten über 27 000 Menschen. Damit ist die Kommune selbst der größte Arbeitgeber in Köln. Die im Stadtrat vertretenen Parteien nehmen mit ihren Vertretern in den Aufsichtsräten Einfluss auf diesen „städtischen Konzern“ und seine Zukunft. Dies hatte zur Folge, dass bei den städtischen Betrieben in den letzten Jahren Arbeitsplätze abgebaut wurden. Seit dem Jahr 2000 sind bei den Stadtwerken weit über 111 Mio. € an Sach- und Personalkosten eingespart worden<sup>2</sup>. Die Folgen sind lange Wartezeiten auf den Ämtern und überarbeitete und überforderte Mitarbeiter. Dies wiederum führt zu vermehrten Erkrankungen unter den städtischen Angestellten.

Mit Ford, BAYER (und deren abgespaltete Unternehmensteile wie z. B. Lanxess) sowie den Universitäts-Kliniken haben wir in Köln und Leverkusen Großbetriebe, in denen sich die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit in Zukunft zuspitzen werden. Der Standort Köln ist bei Ford schon längst nicht mehr sicher, mit der Übernahme von MONSANTO wird der BAYER-Konzern gezwungen sein, die Ausgaben auch auf Kosten der lohnabhängig Beschäftigten umzuverteilen, und in den Kliniken herrscht seit Jahren ein brutaler Gegensatz zwischen den schlechten Gehältern und den immensen Überstunden der Pflegekräfte und Assistenzärzte.

Zusätzlich ist die Fusion zwischen Uni-Klinikum und des städtischen Krankenhäusern geplant, was den Kostendruck in Form von Lohndruck noch erheblich ausweiten dürfte. Nach Schätzungen der Gewerkschaft Verdi haben die städtischen Kliniken in den vergangenen drei Jahren jeweils rund 100 Kollegen verloren. In Holweide seien mehrere Fachbereiche geschlossen und mit anderen Stationen zusammengelegt worden, so Daniel Kolle, Bezirksgeschäftsführer von Verdi Köln. Die Anzahl der Ärzte ist dagegen gleich geblieben. Laut Aufsichtsrat stellen die Kliniken derzeit wieder Pflegepersonal ein. Für die Uniklinik liegen Verdi keine konkreten Zahlen vor. Der bundesweite Mangel an Fachkräften im Pflegebereich mache sich aber auch hier bemerkbar. Insgesamt fehlen nach Schätzungen der Gewerkschaft in Köln 600 Mitarbeiter, davon 250 in der Pflege. Ver.di fordert, dass die Pläne schnellstmöglich offengelegt werden.<sup>3</sup>

---

1 [https://www.dkpkoeln.de/images/2015/pdf/kmpl\\_rfhrg2.pdf](https://www.dkpkoeln.de/images/2015/pdf/kmpl_rfhrg2.pdf)

2 Kommunalpolitische Forderungen des DGB und von ver.di

3 <https://www.ksta.de/28868588> ©2018

Der Druck auf die Kommunen, Arbeiter, Angestellte und Beamte nimmt durch die Politik der Bundesregierung weiter zu. Für die Bevölkerung haben Großmachtstreben, Aufrüstung und Krieg niemals etwas Anderes als Entbehrung, Elend und Leid zur Folge gehabt. Diese Politik ist neben dem sogenannten Freihandel und den damit einhergehenden Umweltkatastrophen eine der Ursache für Flucht und Vertreibung. Wir kämpfen auch auf kommunaler Ebene dafür, dass von unserem Land nicht noch weitere Krieg ausgehen sowie sämtliche Kriegseinsätze beendet werden. Dies gilt im Besonderen auch für das Werben für Krieg an Kölner Schulen und Universitäten durch die Bundeswehr.

Das nur 12 Jahre währende Regime der deutschen NS-Faschisten hat es beinahe fertiggebracht, Köln völlig zu ruinieren. Die Folge war im Frühjahr 1945 eine große Hungers- und Wohnungsnot und ein schreckliches Trümmerfeld in unserer Stadt. Diese bitteren Erfahrungen sind für uns Kommunisten/innen Auftrag gegen jede Art von Rassismus und Faschismus zu kämpfen. Heute, 73 Jahre nach dem Sieg über den Faschismus sind rassistische und faschistische Parteien so stark wie nie zuvor wieder in fast allen Parlamenten vertreten. Die AfD erhielt bei der Bundestagswahl 2017 in Köln 7,25% (40.019 Stimmen), die NPD 0,12% (653 Stimmen). Die DKP fördert daher alle antifaschistischen Initiativen und Aktivitäten, die sich an den Interessen der Lohnabhängigen orientieren und versuchen dabei, breite Bevölkerungsschichten für den Antifaschismus zu gewinnen. Daher werden wir auch wieder am 03. März 2018 eine Kundgebung in der Elsaßstraße zur Erinnerung an den Überfall des NS-Kampftruppen in der Kölner Südstadt veranstalten.

Die Mieten in Köln steigen immer weiter. Gleichzeitig werden zu wenig neue Wohnungen gebaut, um der Nachfrage nach preiswertem Wohnraum nachzukommen. Die vor Jahrzehnten gebauten Wohnungen fallen zudem nach und nach aus der Sozial-Bindung, es werden aber kaum neue gebaut. Das Eduard-Pestel-Institut für Systemforschung in Hannover geht davon aus, dass Köln bis 2050 jedes Jahr einen Bedarf zwischen 5.000 und 7.000 neuen Wohnungen hat<sup>4</sup>. Gleichzeitig gehören die Mieten in Köln zu den Höchsten in Deutschland. Der durchschnittliche Mietpreis liegt in Köln bei 11,75 €/m<sup>2</sup>, in NRW bei 7,04 €/m<sup>2</sup>. Derzeit gibt es gut 96.000 Studenten in der Stadt, mehr als 12.000 junge Menschen kommen jährlich neu hinzu, darunter viele Erstsemester. Auch für sie fehlt in Köln bezahlbarer Wohnraum. Wir unterstützen dabei insbesondere die Arbeit der Initiative „Recht auf Stadt“ und fordern den Erhalt und die Ausweitung öffentlichen Wohnungsbaus durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften.

Rund 7 Mio. Menschen fallen derzeit pro Jahr weltweit der immer größer werdenden Feinstaubbelastung zum Opfer. Nachweislich produziert der individuelle Autoverkehr den größten Schadstoffanteil, noch unvergessen, der letzte Dieselskandal. Pünktlich zum Weltklima-Gipfel in Bonn, hat die Stadt Köln entlang der Bonner Straße an die 300 Bäume fällen lassen. Der Clevische Ring in Köln-Mülheim ist in Deutschland die am meisten mit krankheitserregenden Luftschadstoffen belastete Straße.

Die Stadt Köln platzt verkehrstechnisch aus allen Nähten. Viele Straßen in der Stadt und seinem Umland sind verstopft. Die Belastung durch Feinstaub und Stickoxide durch die täglich rollende Blechlawine ist gesundheitsgefährdend. Laut Europäischer Umweltagentur von 2016 gibt es in Deutschland 86.000 vorzeitige Todesfälle pro Jahr durch Feinstaub und 10.000 durch Stickoxide, also insgesamt fast 100.000. Rein statistisch sind dies ca. 1.600 vorzeitige Todesfälle allein in Köln pro Jahr durch verkehrsbedingte Feinstaubpartikel und Stickoxyde.

---

4 <https://www.ksta.de/koeln/wohnungsnot-koeln-braeuchte-bis-zu-7000-neue-wohnungen-im-jahr-24876716>

Es spielt keine Rolle, ob das Fahrzeug einen Diesel- bzw. Benzinantrieb besitzt. Wir benötigen nicht andere Antriebsarten, wir brauchen weniger Fahrzeuge. Die Parteien im Stadtrat müssen endlich in der Verkehrspolitik umdenken. Wir brauchen keine „freie Fahrt“ für die Automobilkonzerne, sondern Schutz und bessere Lebensbedingungen für die Menschen in der Stadt Köln und im Umland. Der ÖPNV muss ausgebaut werden und bezahlbar sein. Daher werden wir uns weiterhin aktiv an den Aktionen am Clevischen Ring und an der Bonner Straße beteiligen, um die Verkehrsplanung der Stadt Köln in Richtung einer vernünftigen öffentlichen Verkehrsplanung zu beeinflussen.

Die Schulen sind überfüllt und schlecht ausgestattet. Viele Schulmaterialien und Ausflüge müssen von den Schülern selbst finanziert werden. Dies bedeutet für Kinder aus finanzschwachen Familien, dass sie nicht Teil des normalen Schulbetriebs sein können. Zwar gibt es Förderprogramme an einzelnen Schulen, doch aus Scham oder aus Angst vor einer Bloßstellung vor den Mitschülern schweigen viele Schüler. Zudem kann eine solche Lösung nur eine Notlösung sein. Wir Kommunisten/innen müssen dafür kämpfen, dass nicht nur der Besuch einer Schule kostenlos ist, sondern auch die Versorgung mit Schulmaterialien sowie die Teilnahme an Schulausflügen und anderen Schulprojekten. Schließlich dient die Schule nicht nur der reinen Wissensvermittlung, sondern auch der Förderung sozialer Kompetenzen.

Auffällig ist nicht nur in Köln, dass je höher der Schulabschluss der Schüler ist, umso geringer ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund. Wo liegen die Gründe für diese Situation? Und wie kann dieses Ungleichgewicht behoben werden? Für uns Kommunisten/innen ist der erste Schritt die Abkehr vom dreigliedrigen Schulsystem. „Nur eine Schule für alle“ wird in der Lage sein, allen Kindern einen gerechten Zugang zu Bildung zu ermöglichen.

Damit die Jugend auch außerhalb der Schule Möglichkeiten zur sinnvollen Freizeitgestaltung erhält, müssen die städtischen Bürgerhäuser und Jugendeinrichtungen erhalten bleiben und ausgebaut werden. Zusätzlich müssen mehr städtische Gelder in die Förderung der Vereine fließen. Schwimmbäder und Jugendzentren dürfen nicht dem „Sparzwang“ geopfert werden, sondern ausgebaut und für jeden Menschen kostengünstig zur Verfügung stehen.

Zur Festigung unserer kommunalpolitischen Aktivitäten und zur Vorbereitung des kommunalpolitischen Seminars vom 29. Juni bis 01. Juli in Jalhay haben wir einen AK Kommunalpolitik gegründet.

Die erste Sitzung findet am **05. Februar um 19:00 im Freidenkerzentrum in der Bayenstraße 11** in der Kölner Südstadt statt. Bisher haben sich folgende Genossen zur Mitarbeit im **AK Kommunalpolitik** bereit erklärt:

Hans Peter Arenz, Wolfgang Berlin, Reinhard Bergholz, Wolfgang Reinicke-Abel, Dirk Stehling, Walter Stehling und Klaus Stein .